



Anfrage der SPD-Fraktion zum Planungsausschuss am 06.11.2023

Betrifft Ehemaliges Possehl-Gelände

Im Rat am 25.6.2020 und am 27.8.2020 haben wir bereits in der Vergangenheit angefragt, welche Maßnahmen die Stadt Wedel ergreift, um die Verkehrssicherungspflicht des Eigentümers durchzusetzen.

Seitdem im März 2018 von CDU, Grüne, WSI und FDP die Pläne für einen Bau- und Pflanzenmarkt abgelehnt wurden, verkommt das Gelände immer mehr. Die Entwicklung in unserem Ort beeinträchtigt zunehmend das Erscheinungsbild am Ortseingang. Dadurch steigt das Risiko, dass spielende Kinder, Einbrecher, Landstreicher oder andere unerwünschte Personen das Gebäude betreten und möglicherweise weitere Brände verursachen könnten.

Obwohl die Stadt Wedel in vorherigen Auskünften immer wieder bestätigt, alles sei in Ordnung, Kontrollgänge würden durchgeführt, möchte die SPD-Fraktion den Zustand nicht mehr weiterhin so hinnehmen

Fakt ist, dass das verwahrloste Gebäude seit mittlerweile über 14 Jahren leer steht und für uns als Wedeler Bürger Teil unseres gelebten Alltags in unserer Stadt ist. Es gibt diverse Berichte über uns als Schandfleck, Lost Place oder ähnliches. Es ist aus unserer Sicht nicht tragbar hier noch weitere Jahre (Jahrzehnte) Verwahrlosung hinzunehmen.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat 2009 einen Leitfaden zum Einsatz von Rechtsinstrumenten beim Umgang mit verwahrlosten Immobilien*) verfasst. Diesen haben wir Ihnen bereits am 25.6.2020 im Nachgang unserer Anfrage zur Verfügung gestellt. Wir als Stadt haben nicht nur die Mittel sondern auch die Pflicht hier aktiv zu werden.

Wie ist die Einschätzung der Verwaltung? Wie soll hier zukünftig agiert werden? Welchen politischen Beschluss benötigen Sie, um hier aktiv zu werden?

Die SPD Fraktion

Wedel, den 06.11.2023

*) https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/ministerien/bmvbs/wp/2009/heft65_DL.pdf?__blob=publicationFile&v=2